

Hans Letsch

Freiheitliche Ordnungspolitik: Garant für direkte Demokratie, Marktwirtschaft und Föderalismus

Sonderdruck aus dem Werk

Eigenständig

Die Schweiz –
ein Sonderfall

Herausgegeben von
Walter Hirt, Robert Nef, Richard C. Ritter

verlag moderne industrie Zürich

2002

Freiheitliche Ordnungspolitik: Garant für direkte Demokratie, Marktwirtschaft und Föderalismus

Es ist hier nicht einfach von Ordnungspolitik die Rede. Staatsgläubige Macher streben ebenfalls eine Ordnung an, allerdings eine Ordnung nach ihrem Geschmack. Das ist ihr gutes Recht. Ich setze mich für eine freiheitliche Ordnungspolitik ein. Diese wiederum umfasst mehr als Markt und Wettbewerb. Ihre Wurzeln liegen in einem auf dem Bekenntnis zu Freiheit und persönlicher Verantwortung basierenden Menschenbild, in entsprechenden Wertvorstellungen, die alle für das Zusammenleben erforderlichen Ordnungen prägen müssen: die Gesellschafts- und Staatsordnung ebenso wie die Wirtschafts-, Finanz-, Sozialordnung u. a. Dieser umfassenden Sicht liegt die Überzeugung zugrunde, dass wegen der gegenseitigen Abhängigkeit – der sogenannten Interdependenz – der verschiedenen Ordnungen sie alle von übereinstimmenden Grundsätzen geprägt, gewissermassen aus einem Guss sein müssen. So stellt sich zunächst die Frage nach den Leitideen und wichtigsten Merkmalen. Hier auf werden Entwicklungstendenzen aufgezeigt, die mehr und mehr ein Freiheit und Verantwortung bedrohendes Ausmass annehmen. Nach Hinweisen auf trügerische Reformansätze geht es dann abschliessend darum, Möglichkeiten und Chancen einer echten Renaissance freiheitlicher Ordnungspolitik zu skizzieren.

Leitideen und Merkmale

Der mündige Mensch ist zu Freiheit und persönlicher Verantwortung sich selber und seinem Umfeld bzw. seiner Umwelt gegenüber berufen. Bescheidenheit (nicht Arroganz), Mass (nicht Gigantismus und Raubbau am Rohstoff Natur), Rücksichtnahme (nicht Egoismus), Selbsthilfe und Chancen-Nutzung (nicht Trägheit und Vollkasko-Mentalität), sowie spontane Hilfsbereitschaft (nicht staatlich erzwungene Solidarität) sind unverzichtbar, wenn das freiheitliche Menschenbild Bestand haben soll. Je vielgestaltiger (pluralistisch, wie man sagt) unsere Gesellschaft wird, desto anspruchsvoller ist das friedliche Zusammenleben freier Menschen. Es müssen Regeln aufgestellt werden, was wiederum Klarheit darüber voraussetzt, welche Merkmale ein umfassendes, menschenwürdiges freiheitliches Ordnungssystem aufweisen sollte. Sowohl in der Art und Weise, wie diese Aufgabe gelöst wird (im staatlichen Willensbildungsprozess), als auch im Inhalt und den Strukturen der zu schaffenden Ordnung müssen die Entfaltung und der Schutz von Freiheit und Eigentum sowie die persönliche Verantwortung im Mittelpunkt stehen. Staatliche Eingriffe, Zwang und gezielte Hilfen sind nur innerhalb klar definierter Grenzen zuzulassen. Drei Eckpfeiler eines solchen Ordnungssystems scheinen mir besonders wichtig.

Direkte Demokratie

In einer pluralistischen Gesellschaft sollten die Regeln des staatlichen Zusammenlebens auf breite Akzeptanz stossen. Diktaturen sind nicht menschenwürdig. Der Entscheid über grundlegende Fragen von weitreichender Bedeutung muss den stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürgern vorbehalten bleiben. Die repräsentative Demokratie mit der Möglichkeit, Abgeordnete zu wählen, genügt nicht. Allzu leicht werden solche Repräsentanten von der Lust an der Macht getrieben. Sie erliegen dem „Führer-Kult“ und verlieren, gleich wie „Eiferer mit gutem Willen“ (Friedrich August von Hayek) bald einmal die Bodenhaftung und das Augenmass. Sie sondern sich ab und frönen dem Machbarkeitswahn. Schlechte Stimmbeteiligungen bei Volksabstimmungen sind bedauerlich, jedoch kein Argument gegen die direkte Demokratie. Es entsteht immer noch ein aussagekräftigeres Bild über den Willen des Souveräns als bei einem

„Diktat“ durch die Mehrheit von Abgeordneten. Natürlich sind Probleme des direkt-demokratischen Willensbildungsprozesses nicht zu verkennen. Als entscheidend erachte ich die Definition verfassungswürdiger Normen einerseits, die Abgrenzung referendums- und nicht referendumsfähiger Erlasse andererseits. Indessen ist die sogenannte Kompliziertheit der Materie kein Grund, an Volksbefragungen zu rütteln. Sachliche, weniger auf Show, Personenkult und Sensation bedachte Arbeit der Medien könnte für die Mobilisierung des Sachverständes hilfreich sein. Im übrigen zeigt die Erfahrung, dass der gesunde Menschenverstand des mündigen Bürgers und der relativ lange Entscheidungsprozess sich oft auch dann als heilsam erwiesen haben, wenn sich der Souverän nicht Bundeshaus-treu verhielt.

Marktwirtschaft

Die Überlegenheit von Markt und Wettbewerb sowie deren zentrale Stellung in unserer Wirtschaftsordnung bedürfen keiner näheren Begründung. Sie stehen auch nicht im Widerspruch zu sozialen und ökologischen Anliegen. Wegweisend für mich bleibt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard, dem „Vater“ des deutschen Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg. Bei allen Diskussionen über diesen Begriff, die bis heute anhalten, entsprechen die zentralen Anliegen den hier vertretenen Merkmalen eines freiheitlichen Ordnungssystems: Markt und Wettbewerb bleiben zentral. Die soziale Dimension besteht insbesondere in der Chance, „durch eigene Leistung für sich und die Seinen den Lebensunterhalt zu verdienen, ja sogar zu Wohlstand zu gelangen, sowie in der Effizienz der Marktwirtschaft, welche die Basis sozialen Fortschritts – und auch jeglicher Umverteilung – bildet“ (Gerhard Schwarz). Ludwig Erhard wusste wohl, dass unter bestimmten Voraussetzungen der Staat zum Handeln aufgerufen sein kann. Das gilt für gezielte Hilfen an unverschuldet in Not geratene Menschen ebenso wie für den Schutz der natürlichen Umwelt und für die Bekämpfung von Missbräuchen im Wettbewerb. Entscheidend bleibt dabei stets die Marktkonformität staatlicher Eingriffe. Strukturhaltende Subventionen und andere Wettbewerbsverzerrungen vertragen sich damit nicht. Die äusserste Grenze müssen staatliche Interventionen dort finden, „wo die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und

die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit gefährdet werden“. Ludwig Erhard brauchte denn auch das Adjektiv „sozial“ nicht, um die Marktwirtschaft zu relativieren. Er sprach von der (bewusst gross geschriebenen) Sozialen Marktwirtschaft als Ordnungs-System.

Föderalismus

Föderalismus ist mehr als eine politische Struktur, nämlich Ausdruck eines menschlichen Bedürfnisses. Der Mensch ist nicht nur frei geboren; er will geborgen sein. Natürlich bieten kleinstaatliche Strukturen wie die starke Stellung von Gemeinden und Kantonen im Bund, Klein- und Mittelbetriebe in unserer Wirtschaft, für sich allein keine Gewähr für Geborgenheit. Doch schaffen sie gute Voraussetzungen für die Entfaltung des Einzelnen, für Selbsthilfe, Sozialpartnerschaft, freiwillige Solidarität im kleinen, überschaubaren Raum, für die interessierte Mitwirkung und Übernahme von Verantwortung am öffentlichem Geschehen auf allen Stufen. Heimat wird nicht bloss zelebriert, sondern erlebt und im Rahmen unseres breit abgestützten Miliz-Systems gelebt. Was der grosse Historiker und Philosoph Rudolf von Salis schon vor dreissig Jahren geschrieben hat, ist eine zeitlose Erkenntnis: „Die Schweiz ist eine Kleinwelt [. . .] und es ist fast ein Wunder, dass die Veränderung der Zivilisation dem Menschenbild unter diesem Himmelsstrich so wenig anzuhaben vermochte. Es wäre fehl am Platz, wenn man dieses Überdauern menschlicher und sozialer, auch politischer Eigenschaften (soll ich sagen: Tugenden) abschätzig als provinziell, als überlebte Kleinwelt bezeichnen würde. In ihrem positiven Sinn sind Provinz und Kleinwelt eine biologische und soziale Lebensform, die sich dadurch auszeichnet, dass sie Bestand hat und nicht irre geworden ist an bestimmten Wertmassstäben.“ Das föderalistische Gedanken- gut sollte sowohl den inneren Aufbau unseres Bundesstaates (mit der Betonung von Subsidiarität und klarer Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen), als auch dessen Stellung im internationalen Umfeld prägen. Es steht weder offenen Märkten noch zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, wohl aber der Einbindung in und der Unterwerfung unter fremdbestimmte Organisationen im Weg. Die skizzierten Leitideen und Merkmale eines umfassenden freiheitlichen Ordnungssystems sind Ausdruck jenes „radikalen Liberalismus“, den Robert Nef treffend dargestellt hat. Diese Überzeugungen im politi-

schen und wirtschaftlichen Alltag durchzusetzen, ist anspruchsvoll und umstritten. Unabhängig von der eigenen Position sind dabei einige Eigenschaften gefragt, so vor allem Toleranz, also Respekt vor Andersdenkenden (soweit sie ehrlich und sachkompetent fechten) und Akzeptanz einmal getroffener Entscheide (wenn diese rechtmässig zustande kamen). Dazu kommen Glaubwürdigkeit (die weder Lügen noch Halbwahrheiten noch Wankelmüt verträgt) und Sachverstand. All das gehört zu den unerlässlichen Spielregeln direkt-demokratischer Auseinandersetzungen.

Bedrohte Werte und Ordnungen

Noch Mitte der neunziger Jahre hat der hervorragende Kenner europäischer Staats- und Wirtschaftsordnungen, Gerd Habermann, die Schweiz als „Leitstern für Ordnungspolitik“ gerühmt. Er tat dies im Vergleich mit andern Staaten, nicht zuletzt der Bundesrepublik. Die ordnungspolitische Verwahrlosung ist indessen nicht nur anderswo, sondern auch bei uns im Gang. Sie fing an und geht weiter mit dem Zerfall zeitloser individueller Werte, wie sie einleitend skizziert worden sind. Weichen diese dem blinden Glauben an den Staat, der Vermassung und der Verhöhnung der schweizerischen Kleinwelt, so zerfallen bald einmal auch freiheitliche Ordnungen. Was ist von einem schweizerischen Bundespräsidenten zu halten, der sich (nicht als Privatperson, sondern in offizieller Mission) offensichtlich am Christopher Street Day wohler fühlt als auf der Rütli-Wiese? Diese historische Stätte bedeutete jedenfalls dem tschechischen Staatspräsidenten anlässlich seines Besuches in unserm Land mehr als seinem Gastgeber.

Trügerische Staatsgläubigkeit

In der Wirtschafts- und Sozialordnung bröckelt das Gedankengut Ludwig Erhards seit langem. Sein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist zur sozialisierten Marktwirtschaft verkommen. Schon zu seinen Lebzeiten beklagte er, dass „im gleichen Mass, in dem durch die Mehrung des Wohlstands die soziale Sicherheit aus eigener Kraft sich verbessert [...], der Schrei nach noch mehr sozialer Sicherheit immer lauter erschallt“.

Seither verdrängt überbordende Anspruchsmentalität Bescheidenheit und Mass. Leistungsanreize und Risikobereitschaft werden durch masslose Besteuerung (Enteignung!) bestraft. Gezielte Hilfen ersticken im grenzenlosen Angebot des sozialstaatlichen Gemischtwarenladens. Umverteilung befriedigt die begünstigten Menschen nicht, sondern schürt Neid. Freiwillige Solidarität und spontane Gemeinnützigkeit werden durch staatlich erzwungene, durch Steuern und Schulden finanzierte Wohltaten abgelöst. Die gestiegene Staats- und Fiskalquote bestätigt diesen Trend. Leider hat auch die (als „Nachführung“ verniedlichte) neue Bundesverfassung mit ihren fast grenzenlosen staatlichen Fördermöglichkeiten die Anspruchsmentalität weiter angeheizt.

Eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die auf Freiheit setzt, braucht indessen nicht nur auf einer Seite (nämlich den Arbeitnehmern und Konsumenten), sondern auch auf der Arbeitgeberseite verantwortungsbewusste Akteure, die das Mass nicht verlieren. Das erweist sich im Zeitalter der Globalisierung, in dem weltweit der Gigantismus und der „Kult des Kolossalen“ (Wilhelm Röpke) dominieren, ebenfalls als anspruchsvoll. Allzu kurzfristige Shareholder-Value-Mentalität, wenig überlegte Fusionen, Exzesse in den Gehalts- und Abfindungsregelungen auf Kader- und Chefetagen vergiften das Klima im Unternehmen wie auf der politischen Ebene. Wir riskieren, dass die Sozialpartnerschaft, eine ordnungspolitische Errungenschaft, die uns während Jahrzehnten den Arbeitsfrieden und sozialen Fortschritt verbürgt hat, allmählich gesetzlichen Diktaten weichen muss. In diesem Sog von Grössenwahn und bürokratischen Fesseln geraten nicht zuletzt Klein- und Mittelbetriebe, das Rückgrat unserer Wirtschaft, mehr und mehr unter Druck.

Ähnliche Zerfallserscheinungen wie in der Wirtschafts- und Sozialordnung kennzeichnen unsere schweizerische Staatsordnung. Verwaltung und Regierung rufen nach stärkeren Führungskompetenzen, und das Milizparlament fühlt sich überfordert. So werden die mit der Gewaltenteilung gesetzten Gewichte verschoben und der direkt-demokratische Willensbildungsprozess (die menschenwürdigste Form der Entscheidungsfindung) verfälscht. Grosse Teile der sogenannten Elite wähnen, die Weisheit für sich gepachtet zu haben. Sie lassen „die jedem Schein abholde Demut“ (Robert Holzach) vermissen. Die Gefahr von Machtkonzentration und Machtmissbrauch wächst. Solche Tendenzen sind weder der politischen Kultur noch dem Willen zum politischen Engagement

„gewöhnlicher“ Bürger förderlich. Gleichzeitig schicken wir uns an, Perlen freiheitlicher Ordnungspolitik, nämlich den Föderalismus und die Kleinstaatlichkeit, auf dem Altar internationaler Organisationen zu opfern. Diese verkaufen sich zwar gern als sogenannte Wertegemeinschaften, haben mit unsern traditionellen Wertvorstellungen jedoch wenig gemein. Auch wenn wir (noch) nicht Mitglied der EU und der Nato sind, spüren wir den Druck zur Anpassung und zur schrittweisen Einschränkung des Wettbewerbs der Systeme, insbesondere in der Währungs-, Fiskal-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Überall, einschliesslich der Sicherheits- und Aussenpolitik, sind Souveränität, Unabhängigkeit und Neutralität, drei Wahrzeichen eines freiheitlichen Ordnungssystems, angekratzt.

Gefährliche Gesamtstrategie

Man mag das Abrücken von wirtschafts- und staatspolitischen Grundsätzen im Einzelfall als situationsbedingt, als Ausnahme, erklären und bagatellisieren. Wir sollten indessen erkennen, dass die aufgezeigten Bedrohungen Ausdruck einer klaren Gesamtstrategie der treibenden Kräfte in den Regierungen und zuständigen Gremien sind. Das zeigen programmatische Regierungserklärungen im In- und Ausland, in denen wir das Wort „Freiheit“ kaum noch, jedenfalls nicht an zentraler Stelle, finden. Priorität wird anderen Werten zugestanden, so der Wohlfahrt, der Sicherheit, dem Frieden, der Solidarität, der Gerechtigkeit u. a. Sogar die Legislaturplanung unseres Bundesrates für die Jahre 1999–2003 hat ein sachkundiger Bundeshausredaktor unter das Motto gestellt „Vision mehr Staat“. Kein Wunder, dass dann eben auch die Praxis danach aussieht. Die freiheitliche Ordnungspolitik wird schrittweise, auf leisen Sohlen, durch eine staatliche, sozialistisch geprägte Ordnungspolitik, durch den „schleichenden Sozialismus (spricht: Sozialdemokratismus)“ verdrängt (Robert Nef). Jüngstes Beispiel ist das durch Missmanagement und Grössenwahn verursachte Swissair-Debakel vom Herbst 2001. Aus sogenannten sozialen Erwägungen liess sich der Bundesrat, unterstützt von Exponenten des Spitzenverbandes der Schweizer Wirtschaft, in die Rolle des Retters in der Not drängen. Vertiefte Auseinandersetzungen mit Grundsatzfragen unterblieben – angeblich aus Zeitmangel! Vernachlässigt wurden ebenso die unabsehbaren finanzpolitischen Nachwirkungen

gen. Vor allem fehlte es an der alles entscheidenden Erkenntnis, dass Verstösse gegen die freiheitliche Ordnungspolitik langfristig nie sozial sein können.

Einige trügerische Reformansätze können nicht über den Trend hinweg täuschen. Auf internationaler Ebene führt zwar der „Dritte Weg“ von Blair und Schröder aus der linken Ecke gegen die Mitte. Doch selbst ihre „Neue Mitte“ wird nach wie vor von der Forderung beherrscht: „Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern.“ Unkritische Staatsgläubigkeit beherrscht sozialdemokratisch und bürgerlich dominierte Länder gleichermaßen. Deshalb möchte jetzt auch unsere staatliche Führungsstruktur „modernisiert“ werden, und zwar so, dass die Regierung – wie mit der sogenannten Staatsleitungsreform auf Bundesebene angestrebt wird – führungsstärker und handlungsfähiger werde. Schliesslich dürfen sogenannte Liberalisierungs- und Privatisierungs-Vorhaben, so begrüssenswert diese an sich sein mögen, nicht eng interpretiert werden. Sicher hat z. B. die Öffnung der Märkte Fortschritte gebracht. Auch der Übergang von staatlichen zu privaten oder gemischtwirtschaftlichen Aufgabenträgern kann sinnvoll sein. Indessen bleiben solche Liberalisierungen und Privatisierungen Stückwerk, wenn nicht parallel dazu die juristisch vom Kollektiv auf das Private übertragene Verantwortung dann wirklich umfassend wahrgenommen wird. Sie muss, wie schon mehrmals betont, soziale und ökologische Verpflichtungen miteinschliessen. Nur dann dürfen wir mit gutem Gewissen den Leitspruch unterschreiben, den die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ einmal wie folgt formuliert hat: „Die Zukunft ist nicht Staatssache sondern Bürgerchance“. Ob es noch möglich ist, das Ruder in diese Richtung herum zu reissen, bevor sich der Staat als „Leviathan“ auch in der Schweiz damit brüsten kann: „Alles hört auf mein Kommando“ (Franz Böhm)?

Aufbruch zu einer „restaurativen Revolution“

Erinnern wir uns daran: Die Leitideen und Kennzeichen freiheitlicher Ordnungspolitik, wie ich sie beschrieben habe, sind bedroht. Was helfen könnte, wäre eine Renaissance des ordnungspolitischen Denkens und Handelns. Es müsste gelingen, „das Staatliche zu reduzieren und in festere Grenzen zurückzuziehen. Das wäre das Unerhörte einer restaura-

tiven Revolution“ (Kurt Eichenberger), und zwar im Sinn der Wiederherstellung eines intakten freiheitlichen Ordnungssystems. Es wäre, fährt Kurt Eichenberger fort, „eine soziale Askese, die nur real würde aufgrund einer Verinnerlichung des Menschen. Sie müsste sich vollziehen als Folge einer radikalen Neubesinnung, einer individuellen Umkehr, wie sie etwa Karl Jaspers charakterisiert hat.“ Deutlicher kann man es wohl kaum sagen: Alle politischen und unternehmerischen Aktivitäten, alle gesetzlichen und institutionellen Massnahmen wurzeln in der persönlichen Gesinnung, einer inneren Überzeugung. Nur dann, wenn sich diese auf die Grundwerte Freiheit und persönliche Verantwortung stützt, verfügen wir über einen verlässlichen Kompass, um im Labyrinth politischen und wirtschaftlichen Wunschdenkens das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, d.h. eine menschenwürdige Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsordnung zu verwirklichen.

Möglichkeiten

Im vollen Bewusstsein, dass die Grundhaltung ausschlaggebend ist, und „Gesinnungsterror“ sich mit dem eingangs skizzierten Menschenbild nicht verträgt, sei abschliessend überlegt, ob es institutionelle Möglichkeiten gäbe, um das ordnungspolitische Denken und Handeln neu zu beleben. Es könnten insbesondere klarere Positionen im demokratischen Willensbildungsprozess hilfreich sein. Wegweisend bleibt die Erkenntnis des grossen Historikers und Philosophen Karl Schmid: „Wir wissen alle, dass es Demokratie ohne Kompromiss nicht gibt; aber es muss ein Kompromiss zwischen Positionen sein, nicht der Kompromiss als Position.“ Dieser Grundsatz wird heute – wegen übertriebener Konsensbeflissenheit, aus freundschaftlichen oder geschäftlichen Filz-Beziehungen oder einfach aus mangelndem Mut – allzu oft missachtet, und zwar sowohl von Politikern als auch von Partei- und Verbandsspitzen. Weil wir aber mit solchen Kompromissen seit Jahren nach links abgleiten, wissen viele wertkonservative Bürger überhaupt nicht mehr, auf wen noch Verlass ist.

Die Frage stellt sich, ob mit einer Neustrukturierung der Parteienlandschaft, verbunden mit neuen Parteiprogrammen und entsprechenden Mitgliedermutationen, die Transparenz verbessert und eine klarere Abgrenzung der Positionen erreicht werden könnte. Ohne Randgruppen

auszuschliessen, müsste wohl primär eine Konzentration innerhalb der heutigen Bundesratsparteien erwogen werden. Ob dabei zwei oder (vorläufig) drei Blöcke vorzuziehen wären, und wie sich diese Konzentration auf die heutigen „Kleinen“ sowie auf die Zusammensetzung der Regierung (Zauberformel!) auswirken würde, bedürfte sorgfältiger Abklärungen. Das Ziel bleibt nämlich, den Auseinandersetzungen im Parlament ein markanteres Profil und den Wählern die Gewissheit zu geben, dass ihre Abgeordneten wirklich das vertreten, was sie im Vorfeld der Wahlen versprochen haben.

Doch selbst im Rahmen und unabhängig von der heutigen Parteienstruktur darf der demokratische Willensbildungsprozess nicht allmählich zur Farce verkommen. Als Farce empfinde ich etwa sogenannte „runde Tische“, an denen Vertreter der Verwaltung, Partei- und Verbandsexponenten Kompromisse vorwegnehmen und so das Parlament faktisch unter Druck setzen. Noch schlimmer ist eine andere Modeströmung: Die Regierung hat ihre Pflicht getan und im Rahmen der geltenden Gewaltenteilung ihr Recht ausgeschöpft, wenn sie ihre Vorlagen gegenüber dem Parlament vertritt. Wird anschliessend das Volk zum Entscheid aufgerufen, ist es primär Sache von Parlamentariern und anderen interessierten Bürgern, den Abstimmungskampf zu führen, zu qualifizieren und zu finanzieren. Die Einmischung, ja Indoktrination durch Departemente und den Bundesrat, unter Einsatz beträchtlicher Steuergelder, nimmt in letzter Zeit ungebührliche Formen an und ist wiederum Ausdruck unheilvoller Arroganz der Macht. Bundesrat und Parlament täten zudem gut, wählerischer zu sein, welche Geschäfte sie von sich aus dem Souverän unterbreiten oder mindestens dem Referendum unterstellen wollen, und zwar nicht erst dann, wenn durch jahrelange Praxis bereits so viele Präjudizien geschaffen wurden, dass es ein Zurück kaum noch gibt. Der Respekt vor den Volksrechten leidet mehr und mehr.

Chancen?

Bestehen aber überhaupt, selbst unter Ausschöpfung solcher und weiterer Möglichkeiten der „Selbstreinigung“ unserer Institutionen, reelle Chancen einer Renaissance? Kurzfristig sind Zweifel angebracht. Der Zerfall jener Werte und Ordnungen, die hier als zentral eingestuft und

dargestellt worden sind, geht weiter. So wird insbesondere die Anspruchsmentalität nicht mehr bloss durch wohlfahrtsstaatliche Übertreibungen, sondern vermehrt durch neue Formen der Werbung geschürt. Appelle und Angebote, ohne persönliche Leistung Millionen zu gewinnen, sind an der Tagesordnung. „Brot und Spiele“ werden wieder, in Form von Shows und Festivals aller Art sogar als „Kultur“ verpackt, zum Lebensinhalt satter Menschen – und das nicht nur in Zürichs „Party-Dschungel“ (so die „NZZ“). Leider lassen aber auch Personenkult und Neid sachbezogene Auseinandersetzungen kaum noch zu. Man nimmt nicht mehr differenziert Stellung für oder gegen eine Sache, sondern man ist einfach für oder gegen eine Symbolfigur aus dem Berner-Oberland oder vom Zürichsee. Im Bundeshaus posieren Politikerinnen jeglicher Partecouleur als Models, ganz nach dem Motto: „Spiegelein, Spiegelein an der Wand, wer ist die Schönste im ganzen Land?“ Das alles sind keine guten Voraussetzungen für die „Verinnerlichung des Menschen“. Ebenso stehen die Chancen, dass sich Freiheit und persönliche Verantwortung gegenüber staatlichen Machern durchsetzen, nicht eben gut. An den Schalthelmen der Macht in der Verwaltung, der Regierung, der Gerichte und der Medien haben sich Exponenten jener Generation eingenistet, die schon vor Jahrzehnten zum Marsch durch die Institutionen angetreten sind. Sie, einerseits Ableger der Sozialistischen Internationalen, anderseits gut bürgerliche „Eiferer mit gutem Willen“, geben inzwischen auf nationalen und internationalen Bühnen den Ton an. Sie trachten nach der unrealistischsten aller Visionen, nämlich dem Paradies auf Erden. Ob der „Sonderfall Schweiz“ dabei verkümmert, kümmerst sie nicht.

Wer mit offenen Augen diese Tendenzen verfolgt, braucht deswegen nicht in eine Weltuntergangs-Stimmung zu versinken. Er darf sich vielmehr daran erinnern, dass die gesellschaftliche, staatliche und wirtschaftliche Entwicklung sich seit Jahrhunderten in Zyklen bewegt. Wie in der Ökonomie lösen sich Phasen des Aufschwungs und des Niedergangs ab. Den eigenen Standort und den Rhythmus in diesem Auf und Ab zu bestimmen, ist Aufgabe jeder Generation. Es bleibt also ein gewisser Handlungsspielraum. Diesen könnten wir als Chance zur Umkehr, zur Wiederbelebung des freiheitlichen Denkens und Handelns zwecks Durchsetzung wertkonservativer Reformen im Sinne der von Robert Nef in diesem Buch formulierten gemeinsamen Überzeugungen nut-

zen. Aber: Es braucht dazu vorerst eine ehrliche Standortbestimmung, hierauf den Willen und den Mut, das angestrebte Ziel auch wirklich zu erreichen und nicht zuletzt: den dafür erforderlichen Preis zu bezahlen. Dieser besteht in Verzicht, mehr Bescheidenheit und stärkerem Engagement. Wie schrieb doch Wilhelm Röpke? „Die Rettung ist nicht von Institutionen, Programmen und Projekten zu erwarten. Sie hängt davon ab, dass sich immer mehr finden, die den unzeitgemässen Mut haben, mit sich innerlich zu Rate zu gehen und sich im modernistischen Treiben auf das Feste, Dauernde und Bewährte, das ‚alte Wahre‘, um mit Goethe zu reden, zu besinnen.“

